

Trierer sollen regelmäßig für Straßen zahlen

Der Protest in Pfalzel zeigt Wirkung. Dort könnten hohe Einmalzahlungen bei Straßenbauprojekten bald Geschichte sein. Andere Stadtteile sollen bei der Einführung wiederkehrender Beiträge folgen. Doch einfach wird die Sache nicht.

VON RAINER NEUBERT

TRIER Die Diskussion über die Erneuerung der Eltzstraße in Trier-Pfalzel schlägt weiter hohe Wellen. 48 Anlieger sollen dort einen Anteil von 950 000 Euro an den Gesamtkosten von 2,5 Millionen Euro tragen. Sogar im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes ist das Projekt aufgelistet, das einzelne Familien und Unternehmen mit fünf- bis sechsstelligen Summen belastet. Doch das könnte sich ändern, wenn statt der in Trier üblichen Einmalzahlungen auf wiederkehrende Beiträge umgestellt wird. Dann würden sich die Kosten für aktuelle und zukünftige Straßenausbauten auf alle Grundstückseigentümer verteilen.

„Wir werden diese Möglichkeit im ganzen Stadtgebiet prüfen und nach und nach einführen“, verspricht Baudezernent Andreas Ludwig. Er nennt konkret Zewen und Euren, wo Ausbauprojekte so lange zurückgestellt werden sollen, bis über eine mögliche Neuregelung entschieden ist. Wenig Hoffnung macht er den Menschen in großen Stadtteilen wie Trier-Mitte oder Trier-Nord, die nur schwer eingrenzbar sind. „Für die Benediktinerstraße wird das zum Beispiel nicht machbar sein.“

Wie die Umstellung auf wiederkehrende Beiträge im Detail funktionieren könnte, hat Rechtsanwalt Gerd Thielmann auf Initiative der Stadtverwaltung am Donnerstagabend im Amtshaus Pfalzel dem Ortsbeirat und zahlreichen Gästen erläutert. „Dieses Thema ist kein Spaziergang.“ Mit dieser Einschätzung behält der Experte des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz recht. Denn der Vortrag und vor allem die Diskussionen im Ortsbeirat und anschließend in der Bürgerversammlung sind zunehmend von Emotionen begleitet. Der Stadtverwaltung wird erneut die jahrzehntelange Verzögerung des Projekts Eltzstraße vorgeworfen. Im Ortsbeirat ist es Sarah Lorenz (UBT), die immer wieder in den Angriffsmodus wechselt. Im Publikum macht sich Bürgerverein-Vorsitzender Hans-Jürgen Wirtz zum Sprecher derjenigen, die gegen eine breitere Verteilung der Lasten sind. Mehrere Anwohner der Eltzstraße loben den neuen Ansatz und bitten um Solidarität.

Die viereinhalbstündige Veranstaltung spiegelt das Dilemma, das Baudezernent Andreas Ludwig mit Blick auf die Eltzstraße in Worte fasste: „Sollen 1000 Eigentümer die Kosten tragen oder 48 Anlieger?“ Die Grundsatzentscheidung darüber soll nun der Ortsbeirat Pfalzel in der kommenden Woche treffen (siehe Info). Bis dahin soll auch der Entwurf der Satzung vorliegen, in der die komplizierten Details für die Berechnung der einzelnen Beiträge geregelt werden müssen.

Darum geht es: Bei wiederkehrenden Beiträgen werden die Kosten aller Straßenausbauvorhaben in einem klar abgegrenzten Bereich (maximal 3000 Einwohner) auf alle Grundstückseigentümer verteilt. Abgerechnet werden die Kosten, die im



Der Ausbau der Eltzstraße in Trier (hier an der Einmündung Zur Wallmauer) schreitet voran. Ortsbeirat und Stadtrat entscheiden bald über die genaue Form der Finanzierung.

FOTO: MARCUS HORMES

laufenden Jahr angefallen sind. Wie viel jeder Eigner bezahlen muss, richtet sich nach der Größe, Lage und der Nutzung seines Grundstücks. Wer bereits in den Vorjahren zu Einmalzahlungen verpflichtet war, wird – je nach Höhe der geleisteten Zahlungen – für mehrere Jahre von Beiträgen ausgenommen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben verändert sich der Anteil der Stadt. Statt 50 Prozent (bei Einmalzahlungen) trägt die Stadt bei wiederkehrenden Beiträgen nur maximal 30 Prozent der Kosten.

Diesen Anteil zu erhöhen ist nach Aussage von Anwalt Gerd Thielmann nicht möglich. „Die Kommunalaufsicht wird das bei einer verschuldeten Stadt wie Trier nicht tolerieren.“ Rückforderungen von Landeszuschüssen und sogar strafrechtliche Folgen wären demnach wahrscheinlich. Der Experte beruft sich bei seinen Einschätzungen auf die aktuelle Rechtsprechung.

Entscheiden müssen nun Ortsbeirat und der Stadtrat. „Wiederkehrende Beiträge sind eine faire und solidarische Lösung“, ist Baudezernent Ludwig überzeugt. Eltzstraßenanlieger David Hortian nennt es „eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera“. Ziel müsse es sein, mit Blick auf die Landtagswahl für die Abschaffung von Anliegerbeiträgen zu kämpfen.

MEINUNG

Wenn das Bekenntnis zur Solidarität zum Problem wird

Wie gerecht ist es, die hohen Kosten für die Erneuerung einer von vielen Menschen des Ortes genutzten Straße ausschließlich wenigen Anwohnern aufzubürden? Ist es im Sinne einer Solidargemeinschaft nicht besser, die Summen auf viele Köpfe zu verteilen?

Es hätte nicht einer viereinhalbstündigen Informations- und Diskussionsveranstaltung bedurft, um zu wissen, dass die Antwort darauf nur in der Theorie einfach ist. Sobald es konkret um das Bezahlen geht, wird kontrovers diskutiert. Dass die Emotionen dabei auch in einem Ortsbeirat die Oberhand gewinnen, mag zu verzeihen sein. Untragbar ist es aber, wenn gewählte Mitglieder dieses demokratischen Gremiums der Stadtverwaltung unredliches Handeln vorwerfen. Versäumnisse gab es, aus Sicht der Betroffenen falsche Prioritäten. Gesetze darf aber auch

die Verwaltung nicht brechen.

Der Ortsbeirat Pfalzel hat nun genau das, was er gefordert hatte: großes Mitspracherecht. Der Stadtrat will sich mehrheitlich an dessen Entscheidung halten, wiederkehrende Beiträge einzuführen oder nicht. Diese Festlegung, die in den kommenden Jahren auch in anderen Stadtteilen getroffen werden muss, ist ohne Zweifel unbequem. In einer parlamentarischen Demokratie sind die gewählten Vertreter der Menschen aber dazu verpflichtet, nicht davor zurückzuschrecken.

r.neubert@volksfreund.de

Rainer Neubert



Wiederkehrende Beiträge sind nur in abgrenzbaren Bereichen möglich. Das gehört zu den Voraussetzungen, die Rechtsanwalt Gerd Thielmann (links), assistiert von Baudezernent Andreas Ludwig, in Pfalzel erläutert. FOTO: RAINER NEUBERT

INFO

Anliegerbeiträge: So geht es weiter

Nach Mariahof könnte Pfalzel der zweite Stadtteil sein, in dem wiederkehrende Beiträge für den Straßenbau eingeführt werden. Entschieden werden muss das noch in diesem Jahr, da die Bauarbeiten in der Eltzstraße bereits begonnen haben und die Berechnung nur im laufenden Jahr geändert werden darf. Letztlich entscheiden muss in seiner Sitzung am 17. Dezember der Trierer Stadtrat. Die Mehrheit der dort vertretenen Fraktionen hat zugesichert, sich dabei an das Votum des Ortsbeirats zu binden.

Der Ortsbeirat Pfalzel trifft sich am Mittwoch, 13. November, um die Grundsatzentscheidung zu treffen, ob in Zukunft alle Grundstückseigentümer im Stadtteil die Kosten für Straßenausbaumaßnahmen im Ort gemeinsam tragen. Andernfalls bleibt es bei Einmalbeiträgen, die ausschließlich die Anlieger der jeweils betroffenen Straße belasten.